

Vorschlag für den Frühjahrsratschlag in Frankfurt

Tribunal gegen die Troika - am Beispiel Griechenland und der Zwangsräumungen in Spanien

Die Vorbereitungsgruppe für eine Bundes AG Griechenlandsolidarität möchte Attac vorschlagen, ein Tribunal gegen die Verelendungspolitik in den „Südländern“- am Beispiel Griechenland und der Zwangsräumungspolitik in Spanien - zu organisieren.

Für den Frühjahrsratschlag in Frankfurt schlagen wir vor, dieses Tribunal zur Diskussion zu stellen und möglichst praktisch-organisatorische Schritte für seine Durchführung einzuleiten.

Neue Situation?

Es gibt ein **Rechtsgutachten** des Bremer Wissenschaftlers Prof. Fischer-Lescano, das die Rechtsverstöße der Troikapolitik untersucht. Das ist großartig! Es ist nur zu wünschen, dass das Gutachten zu Prozessen vor den zuständigen europäischen Gerichtshöfen führt. Das Tribunal erübrigt sich dadurch nicht, vielmehr wird es um so aktueller: Unsere politische und humanitäre Kritik wird dadurch auch juristisch untermauert, gibt uns zusätzlich Rückenwind. Das Gutachten sollte daher auf dem Tribunal vorgestellt werden. Dazu sollten wir Prof. Fischer-Lescano gewinnen.

Den hoffentlich erfolgenden gerichtlichen Auseinandersetzungen wird das Tribunal zusätzlich Aufmerksamkeit verschaffen.

Das Tribunal geht über das Aufzeigen von Rechtsverstößen hinaus und soll viel allgemeiner auf die Öffentlichkeit wirken, als es eine juristische Anklage kann. Die sozialen und humanitären Folgen der Austeritätspolitik von IWF und EU, sowie der sie dominierenden deutschen Regierung und der willfährigen griechischen Regierung sollen dort einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. Das Tribunal würde die humanitäre Katastrophe und ihre Ursachen aufdecken: die neoliberalen Politik. Und schließlich soll das Tribunal deutlich machen, dass es zu dieser Politik formulierte Alternativen gab und gibt, die sich in den verschiedenen Formen des Widerstands artikulieren.

Was bedeutet es für das Projekt, wenn es die Troika im Herbst nicht mehr gibt?

Es mehren sich die Stimmen – im Europaparlament, anscheinend auch bei der EU und der deutschen Regierung, die Austeritätspolitik gegenüber Griechenland institutionell anders zuzuordnen (bei der EZB oder dem ESM). So könnte es sein, dass im Herbst beim Tribunal vordergründig gesehen, der Gegner verschwunden zu sein scheint, nämlich die Troika. Im Vorfeld der Europawahlen (plus der Kommunalwahlen in Griechenland) und der Übernahme der EU-Präsidentschaft durch die griech. Regierung könnte so ein formelles Zugeständnis gemacht werden, um Samaras zu unterstützen. Allerdings wird das an der bisherigen Politik nichts ändern, lediglich die institutionellen Akteure werden anders heißen. Ein Tribunal gegen die Troika wäre dann vielleicht noch wichtiger, müsste dann wahrscheinliche nur umbenannt werden (z.B.: Tribunal gegen die Troika und ihre Nachfolger).

Auch wenn es die Troika im Herbst nicht mehr geben sollte. Die zerstörerischen Folgen ihrer Austeritätspolitik gegenüber Griechenland und anderen EU-Ländern sind da und wirken weiter. Die Politik der Troika hat die Verelendung und den wirtschaftlichen Niedergang dieser Länder extrem verschärft, indem sie die Folgen der Finanz- und

Wirtschaftskrise auf die Bevölkerungen dieser Länder abgewälzt und die der anderen Länder in Haftung genommen hat, und das alles, um die eigentlichen Verursacher auszuzahlen und so das neoliberale Finanzsystem zu retten. Diese Politik bleibt bestehen und hat weiterwirkende Folgen. Auch das müsste ein Tribunal deutlich machen.

Konkretere Vorüberlegungen zum Tribunal:

Ort: Berlin (als Sitz des mächtigsten Antreibers der Troika-Austeritätspolitik in Europa)

Zeitraum: vielleicht September 2014

Möglicher Ablauf:

Freitag Abend: Einführungsveranstaltung, Podiumsdiskussion: *„Was haben wir mit Griechenland zu tun“? Wie das verzerrte Bild von Griechenland und der europäischen „Hilfe“ der Rechtfertigung von Austeritätspolitik in Europa und Deutschland dient.*

Samstag: Anhörung von Zeugen zu den Auswirkungen der Verelendungspolitik; Demonstration, Workshops zu den theoretischen Hintergründen und zum Widerstand u.a.: seine künstlerische Verarbeitung (Beispiele aus Film, Theater dort und hier).

Sonntag: Fortsetzung der Zeugenanhörung, Plenum: Zusammenfassung von Ergebnissen, Abschlussveranstaltung: Perspektive des Widerstands und Formen der Solidarität

Finanzierung: Attac, andere Organisationen, Spendenaufruf, „Sponsoren“

Zustimmung und Mitwirkung von griechischen und spanischen Initiativen:

Wir werden von Seiten unserer AG Kontakt zu Initiativen in Griechenland und Spanien herstellen und ihre Meinung zu dem Projekt einholen. Wichtig ist, dass wir es nicht für sie machen, sondern sie mit uns. Aber auch wir haben ein Interesse an der Infragestellung der Troika-Politik, weil sie:

- den Status quo in Deutschland zementieren hilft (samt Gesellschaftsspaltung, Export- und Wachstumswahnsinn)
- die EU mittelfristig zu zerbrechen droht, mit extremen Krisenfolgen auch für die deutsche Bevölkerung.

1. An wen wir uns wenden wollen?

1. Initiativen in Griechenland (solidarity for all) und Spanien
2. An Rat und Kokreis von Attac (auch wegen Finanzierung!) und verschiedene Bundes AGs
3. Den Frühjahrsratschlag von Attac
4. Wissenschaftlichen Beirat von Attac
5. Zum Gesundheitswesen:
Ärzte ohne Grenzen
Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte
Ärzte der Welt
Medico International
5. Amnesty International, Human Rights Watch zur Lage der Flüchtlinge, Migranten

2. Konkrete Ziele

Eine politische Anklageschrift, die der Öffentlichkeit, dem Europ Gerichtshof für Menschenrechte (?), dem EU Parlament und dem deutschen Bundestag zugänglich gemacht werden soll.

Ein Schwarzbuch, das das Tribunal zusammengefasst dokumentiert.

Eine filmische Dokumentation, die die Aussagen der Zeugen mit Bildern aus Griechenland und Spanien veranschaulicht.

Es ist keine „Gerichtsverhandlung“, mit Verteidigung und Richter, sondern eine Veranstaltung, auf der eine Anklage zusammengetragen wird, die über die juristische Seite hinausgeht (s.o.).

3. Angeklagte

1. Troika in Griechenland,
2. EU-Eingreifen (Olli Rehn) in Spanien zur Durchsetzung von Zwangsräumungen
3. Deutsche Bundesregierung
4. Griechische Regierung

Die folgenden Vorschläge haben wir noch ohne jede Kontaktaufnahme vor allem mit den Hauptbetroffenen in Griechenland und Spanien gemacht. Sie machen deutlich, wie groß die Aufgabe sein wird.

4. Gegenstand der Zeugenaussagen, der theoretischen Aufarbeitung, der Überlegungen zu Widerstand und unserer Solidarität

A: Zeugenaussagen zu Folgen der Austeritätspolitik:

1. *Humanitäre Katastrophe:*

Troikapolitik verursacht Todesfälle, physische und psychische Erkrankungen, Hunger, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit, Gewalt und Rassismus usw.

2. *Entrechtung des griechischen Volkes:*

Troika als verkappte Diktatur

3. *Konkretisierung auf folgend Politikfeldern*

Gesundheit

Arbeitsmarkt

Bildung

Privatisierung

Zwangsräumungen (Spanien, in anderer Form in Griechenland)

Auswirkung auf Sozialsystem (Familien), Frauen

Auswirkung auf Wirtschafts/Produktionsstruktur

Migranten, Rassismus, Faschistische Bewegungen

B: Aufarbeitung der Ursachen

Kernelemente der Troikapolitik

Die Rolle der Bundesregierung

Die Rolle der griechischen Regierungen

Wer ist Nutznießer dieser Politik
Perspektiven dieser Politik

C: Welche Alternativen zu dieser Politik in Griechenland, Spanien... gibt es?

Widerstand gegen diese Politik:
Träger, Formen, Ziele

D: Welche Aufgaben stellen sich für uns?

Welche Solidarität mit Griechenland und den Südländern ist möglich und notwendig?
Wie kann sie organisiert werden?

Beispiel:

internationale Konferenzen

internationale Aktionen: Blockupy, europ. Streiktage

Bedeutung von Griechenlandsolidaritätsgruppen und ihre Vernetzung

D: Sachverständige Zeugen:

1. VertreterIn von Solidarity for All
2. VertreterIn aus griechischen Krankenhäusern, solidarischen Kliniken
(Alexis Benos, Professor für öff.Gesundheit, Thessaloniki Aristotle University)
3. VertreterIn von Ärzte ohne Grenzen, medico internat. oder Ärzte der Welt
4. VertreterIn von Zwangsraumungsopfern aus Griechenland
5. VertreterIn des Komitees der Hypothekenopfer (Spanien)
6. Präsidentin der andalusischen Autonomieregierung Susana Diaz Pacheco
7. Sonja Mitralias, Vertreterin der griechischen Frauen gegen Austerität (Greek Women Against the Debt and the Austerity Measures)
8. VertreterIn von Migranten und griech. Flüchtlingshilfe, amnesty international
9. Oberbürgermeister von Thessaloniki (Zerschlagung von Selbstverwaltung, Wasserprivatisierung), Gewerkschafter (water workers union) George Archontopoulos, Theodoros Karyotis (Initiative 136) und Aktivist gegen Goldmine
10. Opfer von Konzerngewalt (Widerstand gegen Goldmine)
11. Vertreter von Arbeitslosen (Jugendliche)
12. Gewerkschaftsvertreter
13. Kostas Vaxevanis (Veröffentlichte die Lagard-Liste)

E: Sachverständige Wissenschaftler, Politiker

1. Alexis Tsipras (Syriza)
2. Stuckler, Bassu (Body Economic)
3. Ökonom James Galbraith, Yanis Varoufakis (Heiner Flassbeck, Steffen Stierle, Elmar Altvater)
4. Rechtsanwälte (Deutschland: A. Fischer-Lescano Bremen, Frankreich, Griechenland, ...) Keith Ewing (GB)
5. Vertreter von Griechenlandsolidaritätsgruppen

Vorbereitungsgruppe für eine BundesAG Griechenlandsolidarität: Angela Müller, Hamburg; Paraskevi Grekopoulou, Hamburg; Klaus Praetor, Berlin; Gerd Bock, Bremen